

**67. Ordentlicher Parteitag 9./10. April 2011 Braunschweig**

**Beschluss.: 11 – 1201-1401**

**Betr.: Moderne Integrationspolitik für ein weltoffenes Niedersachsen**

**Antragsteller: AG Integration des LFA Innen, Recht und Verfassung**

**1 Der Landesvorstand hat beschlossen:**

2

3 Eine erfolgreiche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist Ziel der FDP und für die  
4 gesellschaftliche und ökonomische Zukunft unseres Landes von zentraler Bedeutung. Grundlage jeder  
5 erfolgreichen Integration ist Toleranz, und zwar sowohl der Mehrheitsgesellschaft den Zureisenden  
6 gegenüber, als auch der Zureisenden gegenüber den hier vorherrschenden Regeln und Gesetzen.  
7 Toleranz bedeutet, sich auf den anderen einzulassen, ihn kennenzulernen und ihn so durch Interaktion in  
8 die Gesellschaft zu integrieren. Grundvoraussetzung hierfür ist, dass eine gemeinsame Sprache  
9 gesprochen wird. Deshalb ist es unerlässlich, dass die in Deutschland lebenden Menschen die deutsche  
10 Sprache beherrschen. Der Staat muss deshalb seine Anstrengungen erhöhen, dass Kinder von Migranten  
11 die deutsche Sprache erlernen, soweit möglich schon im vorschulischen Alter.

12

13 Toleranz als Grundlage jedweder erfolgreichen Integration setzt Bildung voraus. Wer über fremde Kulturen  
14 und Sprachen nichts weiß, wird schwerer für Toleranz und leichter für Intoleranz und Extremismus zu  
15 erreichen sein. Deshalb ist die allgemeine Schulpflicht zentraler Bestandteil einer erfolgreichen  
16 Integrationspolitik. Das gemeinsame, koedukative Lernen in allen Schulfächern ist Grundlage einer  
17 erfolgreichen Integration, hierbei kann es keine Ausnahmen für einzelne Gruppen, weder innerhalb der  
18 Mehrheitsgesellschaft noch der Zugereisten, geben.

19

20 Die Grundlage jeder Integration bildet das Grundgesetz, insbesondere die Grundrechte. Verstöße gegen  
21 diese Grundlage des Miteinanders in Staat und Gesellschaft sind zu ahnden.

22

23 Die FDP erkennt an, dass es in der Vergangenheit Versäumnisse in der Integrationspolitik gegeben hat,  
24 die einer erfolgreichen Integration zuwider liefen. Dies hat neben Mängeln in der Integration dazu geführt,  
25 dass die Akzeptanz gegenüber Migranten gefährdet ist. Die FDP nimmt auch die Sorgen der  
26 Mehrheitsgesellschaft gegenüber einzelner Migrantengruppen ernst.

27

28 Die pauschale Zurückweisung von Kritik an Migranten sowie die Tabuisierung von bestimmten  
29 empirischen Erkenntnissen, wie z.B. der Abhängigkeit von Sozialleistungen bestimmter Migrantengruppen  
30 oder Kriminalitätsstatistiken mit Bezug auf ethnische, kulturelle oder religiöse Hintergründe wird von der  
31 Bevölkerung zu Recht als Leugnung der Realität angesehen.

32

33 Anstatt jede kritische Äußerung in solchen Debatten reflexartig mit Tabus und dem Vorwurf der  
34 Fremdenfeindlichkeit zu überziehen, geht die FDP auf die einzelnen Erkenntnisse oder auch  
35 Fehldeutungen ein und wirbt aktiv für liberale Positionen. Als Orientierung dient ihr dabei das Grundgesetz,  
36 das zugleich den Boden für Toleranz und Integration bildet und eine unverrückbare Grenze für falsch  
37 verstandene Toleranz ist. Kritikfreie Bereiche kann es in einer liberalen und aktiven Bürgergesellschaft  
38 nicht geben, auch nicht in Bezug auf Migrantengruppen oder Religionsgemeinschaften. Wer sie schaffen  
39 möchte, schadet letztlich der Integration.

40

41 Die FDP fordert daher:

42

43 Sprache

44

45 • Die Einführung verpflichtender Sprachstandtest für Kinder vor der Einschulung war ein wichtiger  
46 Schritt. Wir Liberale wollen das Instrument aber noch effektiver gestalten. Hierzu fordern wir die  
47 Untersuchung bereits im Alter von vier Jahren.

48

49 • Mehrsprachigkeit ist ein großer Vorteil. Schulen in Niedersachsen sollten auch Herkunftssprachen  
50 ihrer Schüler als Unterrichtsfach anbieten.

51

52 • Die Durchführung von Integrationskursen muss insbesondere in den ländlich geprägten Gebieten  
53 Niedersachsens sichergestellt sein.

54

55

56

57 Bildung

58 • Die Betreuungsquote von Kindern mit Migrationshintergrund liegt signifikant unter der von Kindern  
59 ohne Migrationshintergrund. Unser Ziel ist es, jedem Kind spätestens ab dem vollendenden zweiten  
60 Lebensjahr frühkindliche Bildungsmöglichkeiten mit Sprachförderung zu ermöglichen. Wir wollen Eltern hier  
61 verstärkt in die Pflicht nehmen und einbinden.

62  
63 • Elternbildung Es gibt viele engagierte Eltern, selbstverständlich auch unter Familien mit  
64 Migrationshintergrund. Aber es gibt leider auch diejenigen Eltern, die mit sich und ihrer Lebenssituation  
65 überfordert sind. Für diese Familien sind vorschulische Bildungseinrichtungen und Beratungsangebote  
66 dringend notwendig.  
67

68 Unbürokratischer Zugang zum Arbeitsmarkt

69 • Die FDP stellt sich den Realitäten. Niedersachsen braucht qualifizierte Fachkräfte. Nach dem Jahr  
70 2020 wird auch in unserem Bundesland das Erwerbspotenzial spürbar zurückgehen.  
71 Insbesondere viele ländliche Regionen sind von dieser Entwicklung betroffen. Neben einer guten Steuer-,  
72 Familien und Bildungspolitik brauchen wir daher eine bedarfsgerechte und gesteuerte Zuwanderung.

73 • Der Übergang von der Schule zum Beruf muss verbessert werden. Hier trägt auch die Wirtschaft  
74 eine maßgebliche Verantwortung. Wir wollen die Partnerschaften vor Ort mit Unternehmen vorantreiben,  
75 die Vernetzung mit Schulen und Arbeitsagenturen zur erfolgreichen Vermittlung von Jugendlichen mit  
76 Migrationshintergrund in die Ausbildung und den ersten Arbeitsmarkt stärken.

77 • Niedersachsens Hochschulen sind attraktiv für ausländische Studenten. Die FDP setzt sich dafür  
78 ein, alle Anstrengungen zu unternehmen, ausländische Hochschulabsolventen in Niedersachsen zu halten.

79 • Für die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse. Wir setzen uns dafür ein, die  
80 entsprechende Infrastruktur in Niedersachsen zur effektiven und transparenten Durchführung der Verfahren  
81 zu schaffen. Hierzu sollte auch eine Erstanlaufstelle eingerichtet werden. Qualitätsstandards, z.B. bei  
82 Ärzten, sind dabei zu beachten.

83 Muslimischer Religionsunterricht an Schulen

84 • Muslime sind Teil der Gesellschaft in Deutschland. Wir setzen uns dafür ein, den islamischen  
85 Religionsunterricht an Schulen weiter auszubauen. Dieser muss ein Religionsverständnis fördern, das in  
86 das Wertesystem des Grundgesetzes eingebettet ist.

87 Umgang mit „Integrationsverweigerern“

88 Die bestehenden Sanktionsmöglichkeiten bei fehlender Integrationsbereitschaft müssen genutzt und  
89 bestehende Vollzugsdefizite beseitigt werden. So etwa im Bereich der Durchsetzung der Schulpflicht. Auch  
90 die fehlende Teilnahme, sowie dem Aufruf zur Integrationsverweigerung oder das grundlose Abbrechen  
91 von Integrationskursen muss neben einer Geldbuße auch dazu führen, dass die Kosten des Kurses dem  
92 Betroffenen auferlegt werden. Bei verpflichteten Ausländern sollte dies aufenthaltsrechtliche  
93 Konsequenzen haben. Bei schwerwiegenden Beeinträchtigungen der Integration, etwa beim Aufruf zu  
94 Hass oder Nötigung zur Ehe kann bereits heute eine Ausweisung erfolgen. Wir wollen prüfen, ob die  
95 bestehenden Regelungen ausreichen.  
96  
97  
98  
99  
100  
101  
102  
103  
104  
105  
106

107

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen	<input type="checkbox"/> erledigt durch: .....
<input type="checkbox"/> überwiesen an: .....			
Abstimmung:	Ja	Nein	Enthaltung      ungültig